

1372 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Schannenbacher Moor“, Gemarkung Schannenbach im Kreis Bergstraße, vom 15. September 1975

Auf Grund der §§ 1 und 4, des § 12 Abs. 2, des § 13 Abs. 2, des § 15 und des § 16 Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), sowie des § 6 Abs. 3 und 4, des § 7 Abs. 1 und 5 und des § 9 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Oktober 1972 (GVBl. I S. 349), in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. Oktober 1958 (GVBl. S. 159) wird mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

§ 1

Das in § 2 näher bezeichnete Gebiet wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in das Landesnaturschutzbuch eingetragen und damit dem Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes unterstellt.

§ 2

(1) Das Naturschutzgebiet besteht aus den Grundstücken Gemarkung Schannenbach Flur 1 Nrn. 95, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 106, 107, 108/1, 109/5, 118, 119, 124/30, Flur 2 Nrn. 15 bis 29 (einschließlich) und dem Teil des Grundstücks Flur 2 Nr. 65, der westlich der gedachten Linie liegt, ausgehend vom nördlichsten Grenzstein des Grundstücks Flur 2 Nr. 75 — durch einen rot/weißen Pfahl gekennzeichnet — zur südöstlichen Ecke des Grundstücks Flur 2 Nr. 68; der Schnittpunkt ist ebenfalls durch einen rot/weißen Pfahl gekennzeichnet.

(2) Das Naturschutzgebiet hat eine Größe von 16.1493 ha.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der topographischen Karte 6318 Lindenfels im Maßstab 1 : 25 000 und in der Flurkarte im Maßstab 1 : 1 000 rot eingetragen.

(4) Diese Verordnung und die in Absatz 3 genannten Karten sind bei dem Regierungspräsidenten in Darmstadt — höhere Naturschutzbehörde — hinterlegt.

Weitere Ausfertigungen dieser Unterlagen befinden sich beim Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt — oberste Naturschutzbehörde — in Wiesbaden, beim Kreisbeschuß des Kreises Bergstraße in Heppenheim — untere Naturschutzbehörde — und bei der Hessischen Landesanstalt für Umwelt in Wiesbaden. Sie können bei den genannten Stellen während der Dienststunden eingesehen werden.

(5) Das Naturschutzgebiet wird durch amtliche Hinweisschilder gekennzeichnet.

§ 3

(1) Es ist grundsätzlich verboten, in dem Naturschutzgebiet Veränderungen vorzunehmen (§ 16 Abs. 2 Reichsnaturschutzgesetz).

(2) Ferner sind in dem Naturschutzgebiet folgende dem Schutz und der Erhaltung zuwiderlaufende Handlungen (§ 15 Abs. 1 Satz 2 Reichsnaturschutzgesetz) verboten, auch wenn sie nicht zu Veränderungen im Sinne des Abs. 1 führen:

1. Pflanzen, einschließlich Bäume und Sträucher, zu beschädigen oder zu entfernen;
2. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen;
3. Pflanzen oder Tiere einzubringen;
4. das Gelände außerhalb der dafür zugelassenen Wege oder Flächen zu betreten, zu befahren, dort zu reiten, zu lagern, zu baden, zu zelten oder Wohnwagen aufzustellen;
5. zu lärmern, Modellflugzeuge oder -schiffe einzusetzen oder Feuer anzuzünden;
6. den besonders gekennzeichneten nassen Kernbereich des Moores (Unland), der die Grundstücke in Flur 1, Nr. 101 tw., 102 tw. und 103 tw. umfaßt, wirtschaftlich zu nutzen;

7. Bodenbestandteile zu entnehmen, Aufschüttungen, Abgrabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen;
8. Wasserversorgungs- oder Abwasseranlagen zu errichten, gewässer- und wegebauliche Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie Entwässerungen vorzunehmen;
9. feste oder flüssige Abfälle einzubringen, Autowracks abzustellen oder das Gelände auf andere Weise zu verunreinigen;
10. Bauwerke aller Art zu errichten oder zu erweitern, auch solche, die keiner Baugenehmigung oder Bauanzeige bedürfen;
11. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen zu errichten;
12. Grundstückseinfriedigungen, Zäune oder Absperrungen zu errichten, die nicht dem Schutz des Naturschutzgebietes dienen;
13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufzustellen oder anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Naturschutzgebietes hinweisen;
14. Düngungen vorzunehmen und Biozide anzuwenden;
15. Hunde frei laufen zu lassen;
16. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
17. Wald umzuwandeln (Rodung, Ausstockung) oder Wald neu anzulegen im Sinne der §§ 8, 9 des Hessischen Forstgesetzes in der Fassung vom 13. Mai 1970, zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361);
18. Nutzungsumwandlungen von Wiesen oder Weiden vorzunehmen;
19. Waren feilzubieten.

§ 4

(1) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. Die land- und forstwirtschaftliche Nutzung außerhalb des besonders gekennzeichneten nassen Kerngebietes des Moores im bisherigen Umfang und in der bisherigen Art mit den in § 3 Abs. 2 Nr. 9, 14, 17 und 18 genannten Einschränkungen;
 2. die Ausübung der Jagd;
 3. die Errichtung offener Weidezäune mit Holzpfosten bis 1,20 m Höhe;
 4. die der wissenschaftlichen Forschung dienenden Maßnahmen, sofern eine schriftliche Genehmigung der Obersten Naturschutzbehörde vorliegt, und dadurch das bestehende Ökosystem nicht beeinträchtigt wird.
- (2) Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben ferner solche Maßnahmen, die der geordneten Regulierung des Bestandes an Rabenkrähen, Elstern, Eichelhähern, Haus- und Feldsperlingen sowie an Haustauben im verwilderten Zustand dienen. Unberührt hiervon bleiben die Vorschriften des § 4 Abs. 2 bis 4 der Verordnung zur Ausführung des Naturschutz-Ergänzungsgesetzes vom 10. Juli 1968 (GVBl. I S. 199).

§ 5

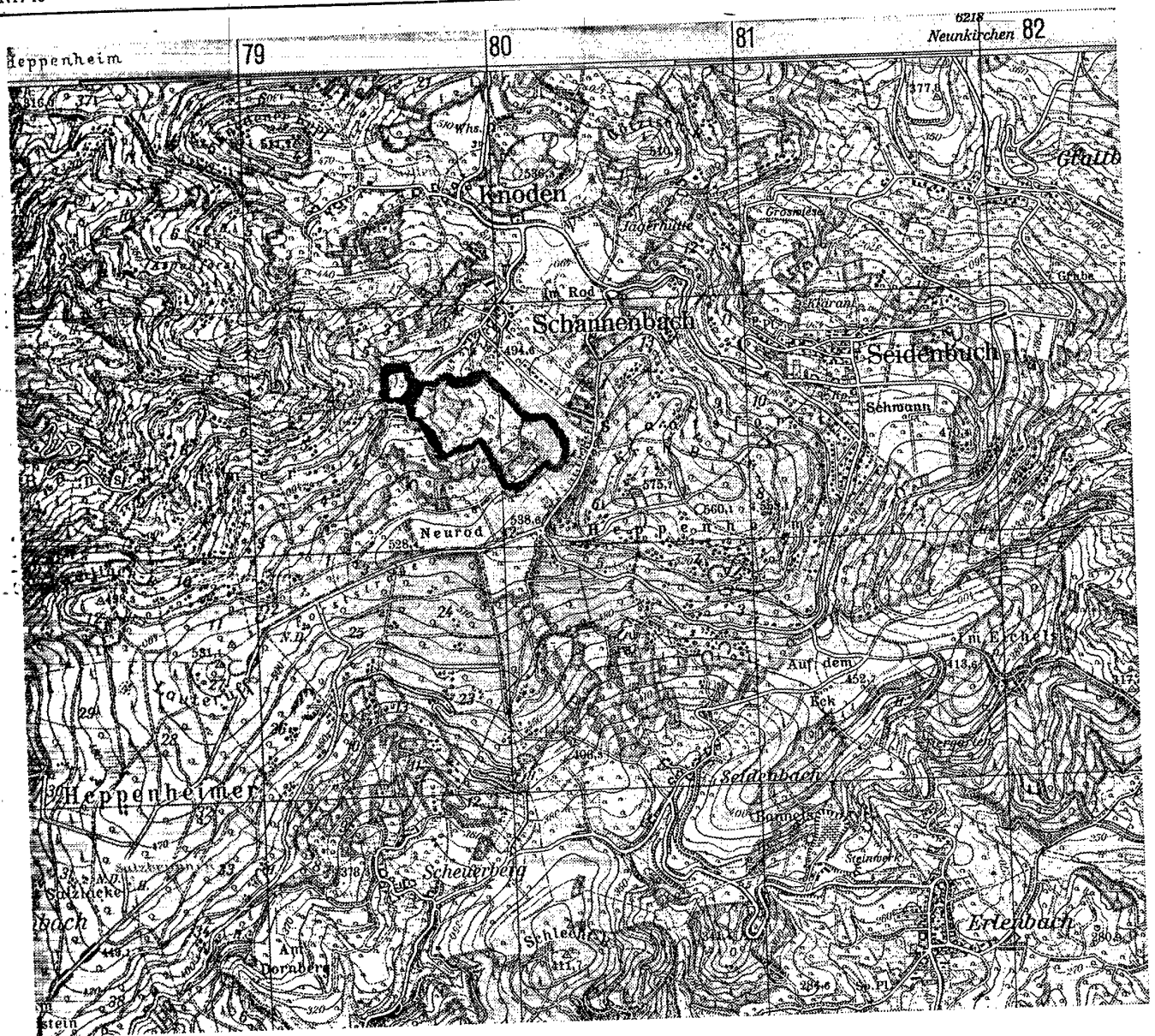
(1) In begründeten Einzelfällen kann die oberste Naturschutzbehörde nach Anhörung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt weitere Ausnahmen von den Vorschriften des § 3 zu lassen.

(2) Die Ausnahmegenehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen, befristet und unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt werden. Gegenstand der Bedingungen und Auflagen können Sicherheitsleistungen sein.

(3) Die Ausnahmegenehmigung ist zu versagen, wenn kein vorrangiges öffentliches Interesse vorliegt oder trotz Bedingungen oder Auflagen eine Beeinträchtigung des Naturschutzgebietes zu befürchten ist.

§ 6

(1) Die Eigentümer, Besitzer, Erbbau- oder Nutzungsberechtigten der Grundstücke und alle, denen ein Recht an einem der Grundstücke zusteht, müssen die notwendigen Schutz- und Erhaltungsmaßnahmen für das Naturschutzgebiet nach den Anordnungen der höheren Naturschutzbehörde dulden (§ 15 Abs. 2 Satz 1 Reichsnaturschutzgesetz).



Karte zur Verordnung über das Naturschutzgebiet „Schannenbacher Moor“

Darmstadt, 15. 9. 1975

Der Regierungspräsident
— Höhere Naturschutzbehörde —
In Vertretung
gez. Bach

(2) Die Grundstückseigentümer oder sonst Berechtigten haben der höheren Naturschutzbehörde die in dem Naturschutzgebiet eintretenden Schäden oder Mängel unverzüglich zu melden (§ 9 Abs. 1 Satz 2 Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes).

§ 7

(1) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 1 Buchstabe b des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich der fahrlässig in einem Naturschutzgebiet verbotene Veränderungen im Sinne des § 3 Abs. 1 vornimmt.

(2) Ordnungswidrig im Sinne des § 21 Abs. 3 Buchstabe a des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer unbeschadet der in § 4 getroffenen Regelungen vorsätzlich oder fahrlässig:

1. Pflanzen beschädigt oder entfernt (§ 3 Abs. 2 Nr. 1);
2. wildlebenden Tieren in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Abs. 2 Nr. 2 bezeichneten Art in ihrem Lebensraum beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu ihrem Fang anbringt;
3. Pflanzen oder Tiere einbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 3);

4. das Gelände in der in § 3 Abs. 2 Nr. 4 verbotenen Weise benutzt;
5. lärm, Modellflugzeuge oder -schiffe einsetzt oder Feuer anzündet (§ 3 Abs. 2 Nr. 5);
6. den nassen, besonders gekennzeichneten Kernbereich des Moores wirtschaftlich nutzt (§ 3 Abs. 2 Nr. 6);
7. die Bodengestalt in der in § 3 Abs. 2 Nr. 7 bezeichneten Art beeinflusst;
8. Wasserversorgungs- oder Abwasseranlagen errichtet, gewässer- und wegebauliche Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie Entwässerungen vornimmt (§ 3 Abs. 2 Nr. 8);
9. Abfälle einbringt, Autowracks abstellt oder das Gelände auf andere Weise verunreinigt (§ 3 Abs. 2 Nr. 9);
10. Bauwerke errichtet oder erweitert (§ 3 Abs. 2 Nr. 10);
11. Freileitungen oder sonstige Versorgungsanlagen errichtet (§ 3 Abs. 2 Nr. 11);
12. Grundstückseinfriedigungen, Zäune oder Absperrungen errichtet (§ 3 Abs. 2 Nr. 12);

13. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln aufstellt oder anbringt (§ 3 Abs. 2 Nr. 13);
14. Düngungen vornimmt und Biozide anwendet (§ 3 Abs. 2 Nr. 14);
15. Hunde frei laufen läßt (§ 3 Abs. 2 Nr. 15);
16. Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt (§ 3 Abs. 2 Nr. 16);
17. Wald umwandelt (Rodung, Ausstockung) oder Wald neu anlegt im Sinne der §§ 8, 9 des Hessischen Forstgesetzes in der Fassung vom 13. Mai 1970 (§ 3 Abs. 2 Nr. 17);
18. Wiesen oder Weiden umwandelt (§ 3 Abs. 2 Nr. 18);
19. Waren feilbietet (§ 3 Abs. 2 Nr. 19).

(3) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Nr. 1 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig der Meldepflicht nach § 6 Abs. 2 nicht nachkommt.

(4) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die untere Naturschutzbehörde (§ 21 Abs. 4 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 8

Gegenstände, auf die sich eine Ordnungswidrigkeit nach § 21 des Reichsnaturschutzgesetzes bezieht, können eingezogen werden (§ 22 Reichsnaturschutzgesetz).

§ 9

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 15. 9. 1975

Der Regierungspräsident
höhere Naturschutzbehörde
VII/9 — 46 d 04/01 Sch 2 Bd. 2
In Vertretung:
gez. Bach

StAnz. 40/1975 S. 1856

1373

Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlage der Stadt Ober-Ramstadt / Stadtteil Rohrbach, Landkreis Darmstadt

Auf Antrag und zugunsten der Stadt Ober-Ramstadt / Stadtteil Rohrbach, Landkreis Darmstadt, wird hiermit nach Maßgabe der vorgelegten Unterlagen gemäß § 19 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz — WHG) vom 27. 7. 1957 (BGBl. I S. 1110) in Verbindung mit §§ 25 und 105 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) vom 6. 7. 1960 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. 9. 1974 (GVBl. I S. 379), für deren Trinkwassergewinnungsanlage ein Wasserschutzgebiet festgesetzt und dazu folgendes verordnet:

§ 1 Einteilung des Schutzgebietes

Das Wasserschutzgebiet für die Trinkwassergewinnungsanlage, das sich auf Teile der Gemarkungen Rohrbach und Nieder-Modau erstreckt, wird in drei Zonen eingeteilt, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),
- Zone II (engere Schutzzone),
- Zone III (weitere Schutzzone).

Die Grenzen der einzelnen Zonen ergeben sich aus § 2 und dem dazugehörigen Plan (Katasterplan i. M. 1 : 5000), in dem diese drei Zonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I (Fassungsbereich) = rote Umrandung,
- Zone II (engere Schutzzone) = blaue Umrandung,
- Zone III (weitere Schutzzone) = gelbe Umrandung.

§ 2 Grenzen bzw. Umfang der einzelnen Schutzzonen

Fassungsbereich (Zone I)

Der Fassungsbereich erstreckt sich teilweise auf das Flurstück Flur 3 Nr. 144 der Gemarkung Rohrbach. Er wird im Norden, Osten und Süden jeweils durch eine Gerade, die einen Kreis Radius 10 m ab Brunnenachse tangiert und im Westen durch die Ostseite des Grabens Nr. 313/1 (Rohrbach) begrenzt. Die Südseite verläuft parallel zu der Grenze zwischen den Flurstücken Flur 3 Nrn. 143 und 144.

II. Engere Schutzzone (Zone II)

Die engere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Flurstücke der Gemarkungen Nieder-Modau und Rohrbach:

Gemarkung Nieder-Modau

Flur 3 Flurstücke Nrn. 61, 62, 63, 64, 65 (südlicher Teil — im Norden bis zu dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 63), 67 (südlicher Teil — im Norden durch die in nordwestlicher Richtung verlängerte Grenze zwischen den Flurstücken Flur 3 Nrn. 148 und 149 der Gemarkung Rohrbach begrenzt), 68, 69, 70/1, 70/2, 71/1, 71/2, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 80, 81, 82 und 83

Flurstück Nr. 84 (nördlicher Teil — im Süden durch die in südwestlicher Richtung verlängerte Grenze zwischen den Flurstücken Flur 3 Nrn. 136 und 399 der Gemarkung Rohrbach begrenzt)

Gemarkung Rohrbach

Flur 3 Flurstücke Nrn. 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144 (mit Ausnahme des Fassungsbereiches), 145, 146, 147, 148, 291 (südlicher Teil — im Norden bis zu dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 148), 163 (südlicher Teil — im Norden durch eine Gerade zwischen dem Polygonpunkt 259 und dem nordöstlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 148 begrenzt), 290 (südlicher Teil — im Norden bis zu dem Polygonpunkt 259), 286, 131, 130, 129, 128, 127, 126, 125, 124, 123, 283, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 284, 171, 119, 120, 121, 122, 281 (nordwestlicher Teil — im Südosten durch eine Gerade zwischen dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 119 und dem nördlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 282 begrenzt), 313/1 (Rohrbach — südlicher Teil — im Norden bis zu dem nordwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 148) und 312 (Rohrbach — nördlicher Teil — im Süden bis zu dem südwestlichen Eckpunkt des Flurstückes Nr. 136)

III. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone erstreckt sich auf folgende Fluren bzw. Flurstücke der Gemarkungen Rohrbach und Nieder-Modau:

Gemarkung Rohrbach

Flur 1 südwestlicher Teil (im Osten durch die Westseite der Lichtenberger Straße und im Norden durch die Südseite des Walmersbergweges begrenzt)

Flur 2 die gesamte Flur

Flur 3 südwestlicher Teil (im Nordosten durch die südwestlichen Seiten der Wege Nrn. 298 und 276 und die Südseite des Walmersbergweges begrenzt — mit Ausnahme des Fassungsbereiches und der engeren Schutzzone)

Gemarkung Nieder-Modau

Flur 3 Flurstücke Nrn. 89, 88, 85, 84 (mit Ausnahme der engeren Schutzzone) und 90 (Weg — südöstlicher Teil — im Nordwesten bis zu der in nördlicher Richtung verlängerten Ostseite des Weges Flur 4 Nr. 47)

Flur 4 nordöstlicher Teil (im Westen durch die Ostseite des Weges Nr. 47 und im Süden durch die Nordseite des Weges Nr. 69/1 begrenzt)

§ 3 Verbote

Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.

Alle Verbote, die für die weitere Schutzzone (Zone III) bestehen, gelten auch für die engere Schutzzone (Zone II) und für den Fassungsbereich (Zone I).

Die Verbote der engeren Schutzzone gelten auch für den Fassungsbereich.

1. Weitere Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzone soll den Schutz gegen weitreichende chemische und radioaktive Verunreinigungen und sonstige Beeinträchtigungen des Grundwassers gewährleisten.

Verboten sind insbesondere:

- a) das Abwasserversenken und Versenken radioaktiver Stoffe,
- b) das Ablagern von Stoffen mit auslaugbaren beständigen Chemikalien, z. B. Rückstandshalden von Kalibergwerken, Halden der chemischen Industrie,

657

Verordnung zur Änderung von Zuständigkeiten in Verordnungen über Naturschutzgebiete und Landschaftsschutzgebiete im Regierungsbezirk Darmstadt vom 1. Juni 1989

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890) anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, mit Genehmigung der obersten Naturschutzbehörde verordnet:

Art. 1

(1) In der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Felsberg von Reichenbach“ vom 12. Juli 1972 (StAnz. S. 1392) erhält § 9 folgende Fassung:

„§ 9

Von den Verboten der §§ 3 und 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(2) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Schannenbacher Moor“ vom 15. September 1975 (StAnz. S. 1856),

„Tongrubengelände von Bensheim und Heppenheim“ vom 20. Mai 1977 (StAnz. S. 1407),

„Hainlache von Bickenbach“ vom 14. September 1978 (StAnz. S. 2057),

„Rallenteich von Eppertshausen“ vom 7. Oktober 1976 (StAnz. S. 1969),

„Reinheimer Teich“ vom 19. Dezember 1975 (StAnz. 1976 S. 109),

„Taubensemd“ vom 14. Dezember 1976 (StAnz. S. 2323),

„Bruderlöcher“ vom 24. Juni 1974 (StAnz. S. 1206),

„Altkönig“ vom 27. Januar 1978 (StAnz. S. 603),

„Burghain Falkenstein“ vom 4. Dezember 1974 (StAnz. S. 2321),

„Rentmauer-Dattenberg“ vom 12. Juli 1974 (StAnz. S. 1398),

„Schmittröder Wiesen“ vom 10. Mai 1977 (StAnz. S. 1245),

„Altholzinsel Gretenberg“ vom 10. Oktober 1977 (StAnz. S. 2119),

„Beilstein“ vom 11. Februar 1977 (StAnz. S. 548),

„Hässeler Weiher von Neuenhaßlau“ vom 23. November 1976 (StAnz. S. 2197),

„Hochbruch von Hausen“ vom 9. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 175),

„Kirschenwiesen von Marjoß“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978, S. 224),

„Am Rauhensee bei Steinheim“ vom 17. Oktober 1977 (StAnz. S. 2337),

„Röhrig von Rodenbach“ vom 10. Dezember 1976 (StAnz. S. 2321),

„Weinberg bei Steinau“ vom 15. Dezember 1977 (StAnz. 1978 S. 222),

„Wiesbüttmoor“ vom 12. September 1978 (StAnz. S. 2019),

„Rossert-Hainkopf-Dachsbau“ vom 18. Mai 1977, (StAnz. S. 1248),

„Bruchwiesen von Dorndiel“ vom 8. September 1977 (StAnz. S. 2071),

„See am Goldberg“ vom 14. September 1977 (StAnz. S. 1980),

„Bruch von Heegheim“ vom 5. August 1976 (StAnz. S. 1578),

„Nachtweid von Dauernheim“ vom 1. November 1978 (StAnz. S. 2324),

„Silzwiesen von Darmstadt-Arheilgen“ vom 22. Februar 1978 (StAnz. S. 605),

„Enkheimer Ried“ vom 30. Oktober 1973 (StAnz. S. 2056),

„Finkenloch von Wallernhausen“ vom 14. Oktober 1974 (StAnz. S. 2002),

erhält § 5 folgende Fassung:

„§ 5

Von den Verboten des § 3 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere

Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

(3) In den Verordnungen über die Naturschutzgebiete

„Weschnitzinsel von Lorsch“ vom 10. Dezember 1979 (StAnz. S. 2520),

„Rallbruch von Wolfskehlen“ vom 9. April 1979 (StAnz. S. 959),

„Torfkaute, Bannholz von Dornheim-Wolfskehlen“ vom 7. August 1979 (StAnz. S. 1762),

„Oberes Emsbachtal“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2525),

„Hailerer Sommerberg“ vom 16. November 1979 (StAnz. S. 2363),

„Lochborn von Bieber“ vom 9. August 1979 (StAnz. S. 1765),

„Niederrodenbacher Steinbrüche“ vom 20. November 1979 (StAnz. S. 2361),

„Waldweiher bei Bad Soden-Salmünster“ vom 14. Dezember 1979 (StAnz. S. 2522),

„Weinberg von Neuengronau“ vom 29. November 1979 (StAnz. S. 2402),

„Erlenwiesen-Hattenberg bei Marköbel“ vom 8. Juli 1980 (StAnz. S. 1337),

„Kinzigau bei Langenselbold“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1865),

„Bruch von Bad König und Eitzengesäß“ vom 28. Juli 1980 (StAnz. S. 1437),

„Rotes Wasser Olfen“ vom 22. September 1980 (StAnz. S. 1868),

„Im Grenzstock von Gettenau“ vom 23. August 1979 (StAnz. S. 1850),

erhält § 6 folgende Fassung:

„§ 6

Von den Verboten des § 4 kann unter den Voraussetzungen des § 31 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen nach § 36 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes versehen werden.“

Art. 2

Soweit in Verordnungen auf Grund der §§ 16 und 18 des Hessischen Naturschutzgesetzes oder des § 13 Abs. 2, § 15 Abs. 1, § 5 und § 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. September 1974 (GVBl. I S. 361), und des § 7 Abs. 5 der Verordnung zur Durchführung des Reichsnaturschutzgesetzes vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360), eine Beteiligung der Hessischen Landesanstalt für Umwelt vorgesehen ist, werden die entsprechenden Vorschriften aufgehoben.

Art. 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt
gez. W. Link
Regierungspräsident

StAnz. 28/1989 S. 1484

658

Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 23. Juni 1989

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluß vom 18. Dezember 1987 (BGBl. I S. 2793), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. I S. 17) wird verordnet:

§ 1

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in Erbach im Bereich der Martin-Luther-Straße, Neckarstraße von Jahnstraße bis Neue Lustgartenstraße, Bahnstraße, Am Schloßgraben, Brückenstraße, Werner-von-Siemens-Straße bis Sylvester-Stockh-